

EINE NEUAUSRICHTUNG DER AFGHANISCHEN TALIBAN?

Reinhard Schulze (FINO)

In dem am 29. Februar 2020 in Doha (Qatar) geschlossenen «Abkommen zur Befriedung Afghanistans zwischen dem Islamischen Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bezeichnet wird, und den Vereinigten Staaten von Amerika» haben sich die afghanischen Taliban als international anerkannte Vertragspartei durchsetzen können. Immerhin erhielt das Abkommen auch den Segen des UN-Sicherheitsrats. Es solle «den Weg für innerafghanische Verhandlungen über eine politische Lösung und einen dauerhaften und umfassenden Waffenstillstand» ebnen. Dazu soll die Islamische Republik Afghanistan an einer von den USA geförderten Diskussion mit Vertretern der Taliban über vertrauensbildende Massnahmen teilnehmen, bei der auch die Durchführbarkeit der Freilassung einer erheblichen Anzahl von Gefangenen auf beiden Seiten geprüft werden soll. Zudem verpflichtet sich die afghanische Regierung, die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zu ersuchen, Vertreter der Taliban spätestens 30 Tage nach Abschluss eines Rahmenabkommens und eines dauerhaften und umfassenden Waffenstillstands von der Sanktionsliste zu streichen. Die Umsetzung des Abkommens hängt aber nicht nur von der Willigkeit der Taliban ab, sondern auch von dem Ausgang des Machtkampfs der politischen Eliten in der Hauptstadt Kabul. Hier haben sich sowohl Ashraf Ghani wie der bisherige Ministerpräsident Abdullah Abdullah als Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan vereidigen lassen. Die Taliban beharren darauf, dass die Gespräche nur dann stattfinden könnten, wenn sich die Vertreter der Regierung in Kabul auf einen Präsidenten geeinigt hätten.

Wie aber ist die Bereitschaft der Taliban zu Friedensgesprächen mit Vertretern der afghanischen Republik zu bewerten? Handelt es sich dabei um eine strategische Neuausrichtung oder gar um eine grundlegende Änderung ihres islamischen Selbstverständnisses?

Der paschtunische Kontext

Teil der Neuausrichtung der Taliban ist ihr Versuch, ihre sozialen Räume auch jenen ethnischen Gemeinschaften in Afghanistan zu

öffnen, die bislang nicht in einer Allianz mit paschtunischen Stammesföderationen standen. Dazu gehören vor allem tadschikische und usbekische Gruppen. Lange Zeit hatten

die Taliban unter ihnen allenfalls Kämpfer rekrutiert, fast nie aber hatten sie die lokale Befehlsgewalt Angehörigen dieser Gruppen überlassen. Dies trotz der Tatsache, dass nicht selten auch Tadschiken als «Studenten» an den deobandischen Seminaren in Pakistan ausgebildet worden und so Teil des Kosmos der Taliban geworden waren. Parallel zur sozialen Öffnung, die sich schon um 2008 abzeichnen begann, verloren die Taliban wichtige Alliierte in Pakistan selbst. Einer ihrer Hauptverbündeten, der dschihadistische Flügel der pakistanischen «Gesellschaft der Islamgelehrten», kündigte die Allianz nach dem dramatischen Schwenk ihres Führers Fazal-ur-Rehman zu säkularistischen Positionen auf. Die Taliban waren gezwungen, sich intensiver um neue Allianzpartner im Land zu bemühen.

Mehrheitlich aber sind die Taliban den paschtunischen Milieus, vor allem den ländlich beheimateten Ghilzay der Sarbani-Föderation verhaftet. Bemerkenswert ist, dass sich die Taliban-Elite, die bislang mehrheitlich den Hotak-Ghilzay angehörte, in den letzten Jahren stärker auf die eher urbanen Milieus der Durrānī, denen auch die Staatselite angehört, ausrichtete. Es mag also sein, dass die Neuausrichtung eine Parallele in einer Verschiebung der sozialen Basis der Taliban-Eliten hat.

Ein weiterer Aspekt stützt die Neuausrichtung: In der Frühgeschichte der Taliban stand die Auseinandersetzung mit den Regeln der paschtunischen Stammesordnung (*afghānīyat*¹, seit den 1930er Jahren Paschtunwali, wörtlich «Paschtunlichkeit», genannt) im Vordergrund ihrer Ordnungspolitik. Diese Setzungen seien nach Auffassung der Deobandis zwingend durch hanafitische Regelungen zu ersetzen. Tatsächlich aber beschränkte sich die Regelung der Taliban auf eine hanafitische Auslegung und Rechtfertigung sozialer Regeln der Paschtunwali, das so zu einem «Islamwali» mutierte. Die Ordnung der Taliban war ein Hybrid aus

Regeln des Paschtunwali und einer hanafitisch definierten Scharia. Sie sollte auch in anderen ethnischen Kontexten wirksam sein. Ahmed Rashid kommentierte: «Die Tatsache, dass die Taliban entschlossen waren, diesen ethnischen Gruppen die paschtunwalische Scharia gewaltsam aufzuzwingen, vertiefte die ethnische Spaltung im Land nur noch mehr. Nicht-Paschtunen sahen darin einen Versuch, dem ganzen Land paschtunische Gesetze von Qandahar aufzuzwingen.»² Dies aber unterminierte zugleich die Machtstellung der Taliban ausserhalb ihrer kommunalen Welten: Denn nach gängiger Auffassung erlaubt es der Kodex des Paschtunwali jedem und jeder einzelnen Paschtunen/in, nach diesem Kodex zu leben, aber er erlaubt es nicht, den paschtunischen Kodex Nicht-Paschtunen mit Gewalt aufzuzwingen. Die von den Taliban gewissermassen als Kompromiss definierte «Schariatisierung» des Paschtunwali sollte ihren Anspruch auf Staatlichkeit rechtfertigen. Dieser scheiterte aber schon vor dem militärischen Ende der Taliban-Herrschaft in Kabul im Oktober 2001.

Doch auch ohne Kontrolle der staatlichen Gewalten in Kabul beharren die Taliban darauf, Afghanistan zu sein. Ihrer Meinung nach repräsentieren allein islamische Gerichts- und Erzwingungsordnungen die afghanische Staatlichkeit. Dabei obliege es den Absolventen der Seminare, die zugrundeliegende Normenordnung zu definieren und ihre Exekutive sicherzustellen und zu kontrollieren. Mit der Öffnung zu anderen ethnischen Gruppen deutet sich an, dass die Taliban bereit sind, die Bindung der puritanischen Ordnung an das Paschtunwali zu lockern, um so den Grad der «Ethnizität» ihrer Herrschaftsordnung zu mindern. Dies bedeutet für die Taliban aber auch, den Bedeutung des Begriffs «Afghanen» zu erweitern.

Eine interne Reform unter den Taliban?

Auf den Kompromiss mit dem Paschtunwali folgte 2006/7 eine weitere Umdeutung der islamischen Ordnung, der sich die Taliban bislang verschrieben hatten: nun wurde es den Männern freigestellt, ob und wie sie einen Bart tragen, Musik und Filme wurden zugelassen und gleich zu Propagandazwecken eingesetzt. Später hiess es seitens der Taliban, sie würden es Frauen nun ermöglichen, eine Ausbildung zu erhalten und zu arbeiten, denn «afghanische Frauen wollen Rechte, Bildung und Arbeit im Lichte der Scharia.»³ Die Beschränkung der Rechte der Frauen sei nicht an sich islamisch begründet, sondern beruhe auf der Ordnung der afghanischen Stämme (also auf dem Paschtunwali). Zudem seien die Taliban nicht mehr gegen die Präsenz von Frauen in der Politik und der Öffentlichkeit. Teil der inhaltlichen Neuausrichtung sei auch die Anerkennung der Rolle der Öffentlichkeit und der Medien, die die Meinungsfreiheit garantierten.⁴ Tatsächlich melden sich mehr und mehr «Taliban-Frauen» in den Medien der Taliban zu Wort. Seit 2019 sprachen sich Taliban-Führer in Qatar immer wieder für freie, innerafghanische Konsultationen, für die Durchsetzung einer Chancengleichheit und eine «Struktur, die die Rechte der Frauen im Rahmen des Islam fördert» aus. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft werde für die Stabilität und Entwicklung Afghanistans von grosser Bedeutung sein. Die Taliban seien bereit, mit «unseren internationalen Partnern an der langfristigen Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau auf der Grundlage gegenseitigen Respekts» zu arbeiten. Nachdem die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückgezogen hätten, könnten sie eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung und dem Wiederaufbau Afghanistans nach dem Krieg spielen.⁵ Darüber hinaus verbreiten die Taliban ein neues Narrativ über die Zeit ihrer «Regierung in Kabul», durch die das Land

vor Auflösung und Anarchie geschützt errettet worden sei. Hartnäckig aber halten die Taliban an puritanischen Auffassungen fest. Die Gemeinschaft sei nicht nur Repräsentantin der «afghanischen Nation», sondern auch der Ort, in dem sich die religiöse Heilserwartung der Einzelnen verwirkliche. Damit die Einzelnen das Heil erlangen können, müsse sich die Gemeinschaft als Ganzes der religiösen Ordnung unterstellen.⁶ Es sei die Bestimmung der Gemeinschaft, Gott feindlich gesonnene Handlungen zu verhindern, ansonsten drohten göttliche Strafen, die auch die Gottesfürchtigen treffen würden.

Trotz der diskursiven Öffnung der Taliban bleibt ihre sozialdisziplinierende Gewalt in der puritanischen Gemeinschaft selbst bestehen. Ganz ihrer puritanischen Islamdeutung entsprechend nimmt die Prädestinationslehre in ihrem Gemeinschaftsverständnis einen entscheidenden Platz ein: Das von Gott vorherbestimmte religiöse Heil der Einzelnen bewahrheitete sich nur in der Gemeinschaft, die wiederum durch soziale und kultische Regeln definiert ist. Daher können die Einzelnen nur durch Treue zu diesen Regeln ihre Gemeinschaftlichkeit bestätigen und dadurch den anderen die Bewahrheitung des göttlichen Heils ermöglichen. Die Interdependenz der Gemeinschaftsordnung macht deutlich, wie eng diese Gestaltung des islamischen Puritanismus mit einer stammlichen Sozialverfassung verwoben ist. Das puritanische Regime der Taliban selbst wird sich daher kaum ändern; doch im Gegensatz zu den 1990er Jahren werden die Taliban jene Bereiche ihrer Normenordnung revidieren, die als Verletzung der Menschenrechte gelten und die einer möglichen Finanz- und Aufbauhilfe Europas im Wege stehen. Es ist allerdings anzunehmen, dass diese Revision auf eine Machtexekutive beschränkt bleibt, die sich auf die Staatsgewalt selbst bezieht. Das eigentliche puritanische Regime auf lokaler und regionaler Ebene wird davon kaum betroffen sein.

So wird sich auch für die Taliban über kurz oder lang die Frage stellen, ob sich die zahlreichen, vielfach autonom agierenden Talibangemeinschaften einer einheitlichen Herrschaftsgewalt unterstellen wollen. Da die Taliban die Repräsentation der afghanischen «Nation» reklamieren und ihr Emirats als organischen Ausdruck dieser Nation deuten, behaupten sie, dass Überläufer der afghanischen Nation «beiträten». Der Übertritt erfolgt nicht nur in Form einer Treuebekundung, sondern auch in Form einer Selbstverpflichtung auf den «Verhaltenskodex» des Emirats.⁷

Der Siegeszug eines Narrativs

Die Taliban verfügen bis heute über einen mächtigen Verbündeten: ein Narrativ, das zwar eine Vielzahl von Varianten aufweist und mit mancherlei, auch überraschenden Positionswechseln aufwartet, doch durch seine Struktur und Kernaussagen erheblich zur sozialen Kohäsion beiträgt. Kernbegriff dieses Narrativs ist der Ausdruck Dschihad (*ǧihād*), über den die Taliban seit 1996 die Deutungshoheit ausüben. Dieser ist in ihrem Narrativ untrennbar mit dem Begriff der Nation verbunden. «Der Dienst an Gott und der Religion kann nicht mit Nachlässigkeit und Unwillen getan werden. Gott dem Allmächtigen an einem Tag mit Begeisterung zu dienen, ist besser als alles andere. Die Taliban sind die wichtigste Investition der Nation. Lasst euch nicht auf das Gift des Stammeslebens ein, und auf diese Weise werdet ihr die Gesellschaft vor der Krankheit dieser Krankheit retten. Das Ausmaß, in dem die Menschen versuchen, Macht zu erlangen, ist das Ausmaß, in dem sie sich selbst erniedrigen», sagte Mollā ʿUmar 1997.⁸

Die neue Anweisung

Der derzeitige Emir der Taliban Hibatullāh Akhundzāda, dem seit September 2017 die

Mehrheit der Taliban-Kommandanten gehuldigt haben, veröffentlichte im Mai 2017 ein Buch mit dem Titel «Anweisungen an die Mudschahedin vom Fürsten der Gläubigen», das die Tradition der «Verordnung» (*lāʾiḥa*) fort-schrieb. Diese Schrift diente zugleich als Instrument, den Talibankommandaten eine Vision von ihrem zukünftigen Befehlshaber zur Verfügung zu stellen.⁹ Akhundzāda, der sich unter den Taliban den Namen eines der Orthodoxie verpflichteten Gelehrten gemacht hat, versteht seinen Text als Aufruf zur Frömmigkeit. Frömmigkeit (*taqwā*) und Reinheit sowohl der Tugenden wie der Praxen gelten ihm als Voraussetzung dafür, dass der eigene Kampf (Dschihad) zur persönlichen, ewigen Erlösung führt. Akhundzāda lässt hier deutlich seinen sufischen Hintergrund erkennen. Er scheut sich nicht, auch solche Sufis zu zitieren, die vielen Traditionalisten heute als häretisch gelten. Fast die Hälfte des Buches ist der Läuterung der eigenen Absichten gewidmet und spiegelt seine Besorgnis darüber wider, dass viele Taliban-Mitglieder von den seit langem vertretenen Prinzipien der Selbstlosigkeit und des absoluten Gehorsams gegenüber dem Amir abweichen. Gehorsam sowie innere und äussere Disziplin werden vom Text privilegiert. Für die Mitwirkung im Dschihad dürfe keinerlei Belohnung durch Postenvergabe oder Rangerhöhung erwartet werden. Akhundzāda warnt davor, dass es ohne Gehorsam gegenüber dem Amir und den von ihm aufgestellten Regeln keinen Dschihad gäbe. Der Gehorsam sei absolut, «selbst wenn er ([der Emir] bei der Verteilung von Vorteilen und Privilegien an seine Untergebenen nicht auf Gerechtigkeit achten sollte.» Der Dschihad sei weit mehr als nur ein Kampf gegen die «Ausländer» und ihre Marionetten in Kabul. Er richtet sich gegen die Gesamtheit des Unheils (*fasād*¹⁰). «Es ist falsch, wenn der laufende Dschihad, der im Land gegen die Ungläubigen und ihre Marionetten geführt wird, nur von dem Abzug der Ungläubigen abhängig

gemacht wird; und [es ist falsch], wenn jemand sagt, dass der Dschihad unmittelbar nach dem Abzug der Ungläubigen beendet werden sollte, denn das Unheil, das von ihnen ausging und von ihnen verbreitet wird, wird weiter bestehen. [Es ist falsch, weil] der Dschihad dadurch ziellos würde. [Mit diesem Argument] wollen die Invasoren genau die Anstrengungen der Afghanen im Sinne des Dschihads zunichtemachen. Es ist davon auszugehen, dass sie, wenn nicht die Gesamtheit ihres Unheils beseitigt wird, mit Sicherheit in unser Land zurückkehren werden, wann immer sie die Umstände dafür geeignet finden. Die Mudschahedin sollten sich von solchen Worten nicht täuschen lassen und ihren heiligen Dschihad so lange fortsetzen, bis das Unheil ausgerottet ist und nur Gottes Religion das Land regiert und somit die unzähligen Opfer der Mudschaheddin nicht umsonst waren.»¹¹ Hier wird deutlich, dass Akhundzāda die Taliban als Erlösungs- und Heilsgemeinschaft verstehen. Die Nation wird so zur Heilanstalt. «Wenn es keine islamische Herrschaft gibt, dann bleiben die Schari'a-Befehle des Korans und des Hadith ausgesetzt. Diese Befehle sind für die Umsetzung und nicht für die Aussetzung bestimmt, daher sind die Bemühungen der Mudschaheddin um die Errichtung des Islamischen Emirats die wichtigste Verpflichtung der Religion, die umgesetzt werden muss.»

Es gibt fraglos einen Kurswechsel der neuen Talibanführung. Dieser beruht auf einer Festigung des orthodoxen Anliegens der hanafitischen Puritaner. Drei Effekte sind die Folge: erstens wird die Kluft zu den ultraslamischen Bündnen immer grösser, zweitens erkennen die Taliban die Möglichkeit eines Abkommens mit der Regierung in Kabul und eines «Friedensprozesses» an, drittens sehen sie einen Vorteil in einem internationalen Abkommen, dass die Präsenz auswärtiger Mächte im Land beendet und die Taliban in der Weltgemeinschaft rehabilitiert. Zugleich wird die Notwendigkeit

einer Neuausrichtung des Puritanismus gesehen: Sicher werden die Taliban auch weiterhin eine sozialdisziplinatorische Normenordnung durchsetzen wollen, doch dürfte sich ihr Gehalt zugunsten einer Anerkennung zivilgesellschaftlicher Rollen leicht verschieben. Was bleibt, ja, sogar verschärft propagiert werden wird ist die Auffassung, dass die Nation ein gemeinschaftliches Gefüge darstellt, das für das religiöse Heil auch der Einzelnen massgeblich ist.

Die Taliban und al-Qā'ida

Die Position von al-Qā'ida in Afghanistan dürfte sich durch das Abkommen der Taliban mit den USA erheblich verschlechtern. Das Netzwerk ist gezwungen, seine Knotenpunkte neu zu bestimmen. Die Absetzbewegung des syrischen «Komitees zur Befreiung der Levante» (HTS) aus dem Netzwerk, dem in Syrien nur noch die Splittergruppe «Wächter der Religion» (ḥurās ad-dīn, Emir Abū Hammām) angehört, zeigt, wie löchrig schon das Netzwerk von al-Qā'ida zwischenzeitlich geworden ist. Nun haben sich auch die Taliban endgültig von al-Qā'ida getrennt, auch wenn sich ihre Kommandanten bislang davor hüten, dies direkt anzusprechen. Al-Qā'ida hingegen scheint sich nur zögerlich aus dem Umfeld der Taliban lösen zu können. Ende März liess die mit ihr verbündete «Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime in Westafrika» (*nuṣrat al-Islām wa-l-muslimīn fī gharb Ifrīqiyā*) verkünden, dass sie ihren Kampf gegen die französischen Truppen in Mali ganz in der Tradition der Taliban sehe. Al-Qā'ida verbreitete noch bis in den Februar 2019 geradezu hymnische Loblieder auf die Taliban.

Usāma Bin Lādin war noch euphorisch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Taliban gewesen. Er mystifizierte seine eigene Truppe als «Auswanderer», also als jene Muslime, die 622 zusammen mit dem Propheten Muḥammad aus Mekka nach Medina ausgewandert waren, und die Taliban als «Helfer»,

also als jene medinensischen Stämme, die den Muslimen aus Mekka beigestanden haben.¹² 2016 leistete dann der Führer von al-Qā'ida dem Emir der Taliban, Hibatullāh Akhundzāda, einen merkwürdigen Treueeid: er erklärte, al-Qā'ida werde die Taliban in ihrem «Kampf gegen die Herrscher, die die Scharia verändern», unterstützen, ihnen helfen, «jeden Zentimeter muslimischen Landes zu befreien» und sie davor zu warnen, sich dem «Gesetz der Ungläubigen» zu unterwerfen, mit ihnen internationale Abkommen und Verträge zu schliessen und «mit ihnen zu regieren». Hatten 2001 Mollā 'Umar und andere Taliban-Kommandanten die Treueerklärungen von Bin Lādin und Ayman az-Zawāhirī angenommen, schwieg der neue Emir Akhundzādeh und liess al-Qā'ida ins Leere laufen. Es war klar, dass der neue Führer seine Bewegung auf einen anderen Weg bringen wollte, weg von den «Abenteuern von al-Qā'ida, die ihnen nur Unglück und die Amerikaner ins Land gebracht hätten».¹³

Die fast zeitgleiche endgültige Abkehr der HTS und der Taliban von al-Qā'ida stärkt die Vermutung, dass die Kommandanten von al-Qā'ida einen neuen Schulterschluss mit den Einheiten des «Islamischen Staats» anstreben könnten, und sei es deshalb, um ihren verbliebenen Kämpfern einen sicheren Hafen zu gewährleisten. In Pakistan dürfte dieser kaum zu finden sein, denn al-Qā'ida macht zurzeit keinen Hehl aus ihrer Verachtung für das pakistanische Regime und vor allem für den pakistanischen militärischen Geheimdienst ISI. Eine Zwischenlösung könnte in dem Distrikt Kunar im Osten Afghanistans an der Grenze zu Pakistan zu finden sein. Hier findet das Netzwerk von al-Qā'ida immer noch eine gewisse Duldung, und auch der «Islamische Staat-Khorasan» hat dort seine Einheiten konzentriert. Gegen die übermächtigen Taliban werden sie aber strategisch wenig ausrichten können. Zudem lassen die Taliban nun der afghanischen Armee und den amerikanischen Truppen freie Hand, die Bünde von

al-Qā'ida und «Islamischem Staat» zu bekämpfen.

Die Taliban im Widerspruch zu den ultraslamischen Bündeln

Die zwiespältige Haltung der Taliban zum al-Qā'ida-Netzwerk hat auch damit zu tun, dass sich dieses Netzwerk ursprünglich im Milieu der afghanischen militanten Islamisten angesiedelt hatte und das von Gruppen um Ḥekmatyār und Burhān ad-Dīn Rabbānī¹⁴ dominiert worden war. Hier agierten auch 'Abdarrabb Rasūl Sayyāf¹⁵ und seine 1981 gegründete «Islamische Union für die Befreiung Afghanistans» (*ettehād-e eslāmi barāye āzādi Afghānistān*). Sayyāf organisierte 1985 eine erste «Schule» namens «Einladung des/zum Dschihad» (*da'wat al-ġihād*) in einem Flüchtlingslager im pakistanischen Peshawar, wobei er auf finanzielle Hilfe saudischer Privatleute zurückgreifen konnte, die ihm anlässlich seiner Werbereise in Saudi-Arabien in beachtlichem Umfang gewährt worden war. Hauptsponsor war der saudi-arabische Unternehmer Usāma Bin Lādin, dem er selbst Zugang zu Afghanistan verschafft hatte. Im postsowjetischen Krieg lehnten Sayyāfs Truppen – berüchtigt für ihre Massaker vor allem unter schiitischen Bewohnern des Landes – jede Kooperation mit den Taliban ab. Nach 2010 hat sich Sayyāf, nun Abgeordneter des afghanischen Parlaments, immer wieder zu Wort gemeldet, um ein entschiedenes militärisches Vorgehen gegen die Taliban zu fordern.

Das Tolerieren von Bin Lādins al-Qā'ida im Osten des Landes erklären die Taliban heute mit ihrer bedingungslosen Treue zum Prinzip der Gastfreundschaft (*melmastia*), die nicht mit einer theologischen Nähe verwechselt werden dürfe.¹⁶ Insofern stellt die im Abkommen mit den USA eingegangene Verpflichtung, den al-Qā'ida-Gruppen keinen Unterschlupf mehr zu gewähren, für die Taliban kein unüberwindliches Hindernis dar.

Erleichtert wurde den Taliban ihre Abgrenzung von al-Qāʿida durch das Aufkommen von neuen, ultraislamischen Kampfbünden¹⁷ (UIKB) in Afghanistan. Erste einheimische Bünde waren Sayyāfs Dschihad-Zellen gewesen. Das mit ihnen verbündete, nicht minder ultraislamische Netzwerk von al-Qāʿida stellte für die Taliban noch keinen unmittelbaren Konkurrenten um die Macht dar. Das änderte sich erst im Sommer 2014, als sich der «Islamische Staat Khorasan» (IS-K) mit ersten Terroraktionen – vor allem gegen schiitische Bevölkerungsgruppen – zu Worte meldete. Am 26. Januar 2015 kündigten IS-Medien die Gründung einer neuen Wilāyat (Provinz) und die Ernennung von Hafiz Saeed Khan als Wali (Gouverneur) und Molla Abdul Rauf als sein Stellvertreter an. In der IS-Topographie umfasst die Provinz die Länder Afghanistan, Pakistan und «andere Nachbarländer». Molla Abdul Rauf wurde zwei Wochen später durch einen NATO-Luftangriff getötet. Auch der Wali wurde schon bald durch afghanische Regierungssoldaten gestellt und getötet. Im Juni 2015 gingen die Taliban im Osten der Provinz Nangarhar gegen den IS-K in die Offensive, nachdem sie den «Kalifen des IS» Abū Bakr al-Baghdādī in einem offenen Brief eindringlich vor jeglichen Aktivitäten in Afghanistan gewarnt hatten. Als Ende Juli 2015 der Tod von Mollā ʿUmar an Nierenversagen bekannt gegeben wurde, erleichterte die ungelöste Strategiedebatte innerhalb der Taliban-Führern den IS-K-treuen Kämpfern, ihre lokalen Machtpositionen in Nangarhar auszubauen. Tatsächlich ist ihre Differenz zu den «ISIS-Fanatikern» (Talibanjargon¹⁸) und anderen, kleineren UIKBs prinzipieller Natur. Dabei geht es um weit mehr als nur um die Vorherrschaft über eine islamische Herrschaftsordnung.¹⁹ Die UIKBs sehen sich als Heilsgemeinschaften, in denen allein der als Kulpflicht verstandene «Krieg» gegen die Feinde Gottes Erlösung bringe, die der Ort einer Wiederaufführung des Lebens der Propheten Muḥammad

seien und die die «Gottesstreiter» in Form einer «Schicksalsgemeinschaft» an sich bänden. In einer frühen Stellung des «Islamischen Staats», in der die Afghanen aufgerufen wurden, in eine Allianz mit dem «Kalifat» zu treten, hiess es: «Wir akzeptieren keine Kompromisse oder Demütigungen. Wir werden entweder zu Eroberern oder zu Märtyrern. Wir wollen entweder Ehre und Freiheit oder den Tod mit Würde und Martyrium. Auf dem Weg Gottes ist Gefangenschaft ein Gottesdienst, ist Auslieferung eine 'Ferienzeit', und wir erachten den Tod als Martyrium.»²⁰

Damit waren allen Versuchen, eine Allianz zwischen Taliban und den neuen UIKBs zu bilden, klare soziale und religiöse Grenzen gesetzt. Die Taliban haben kaum etwas mit den Milieus der afghanischen UIKBs und mit ihren «arabischen» Verbündeten zu tun. Diese rekrutierten sich vornehmlich aus einer Schicht, die von Studenten staatlicher und halbstaatlicher Bildungsinstitutionen in Kabul geprägt war und die sich schon zuvor kleineren autonomen jihadistischen Heilsgemeinschaften angeschlossen hatten. Wichtige Entscheidungsträger waren dabei vielfach jene, die in Saudi-Arabien und Kairo studiert hatten und die die Vorstellungswelten der radikalen Flügel der Muslimbrüder mit den Ordnungs- und Kontrollmechanismen der Wahhabiten fusioniert hatten. Die Gefangennahme von ʿAbdullah Orakzai alias Aslam Faruqi und anderen wichtigen Führungspersönlichkeiten des «Islamischen Staats Khorasan» am 4. April 2020 durch afghanisches Militär wird von den Taliban wohl kaum bedauert werden.

Fraktionen der Taliban

An der Frage, ob und wie sich die Taliban an einem politischen Prozess, der eine Befriedung der afghanischen Gesellschaft zum Ziel hat, beteiligen sollten, war die orthodox-puritanischen Gemeinschaft 2013/15 fast auseinandergebrochen. Akhtar Mansur, der 2015 von einem Teil der Shura zum Emir gewählt

wurde, befürwortete Gespräche mit der Regierung in Kabul und war sogar bereit, das Kampfgeschehen für eine gewisse Zeit einzuschränken. Gerüchte aber machten die Runde, wonach Mansur schon 2013 Mollā 'Umar eigenhändig auf dem Krankenlager erschossen hatte, nachdem sich 'Umar geweigert hatte, Mansur zu seinem Nachfolger zu ernennen. Wichtige Kommandanten der Taliban wie Mollā Qayyūm Zakir und vor allem 'Umars Sohn, Mollā Ya'qūb, aber auch der einflussreiche Drahtzieher des Haqqani-Netzwerks innerhalb der Taliban-Gemeinschaft, Sirajuddin Haqqani, und der Führer der «Opferfront» (*fidā-i maḥādih*) Mollā Najībullāh alias 'Umar Khattāb, verweigerten Zakir die Unterstützung, umso mehr wurde er wohl von pakistanischen Behörden unterstützt. Im Mai 2016 wurde er bei einem amerikanischen Drohnenangriff getötet.

Mit der Wahl von Akhundzāda zum Emir setzten sich jene durch, die die Taliban wieder enger an die puritanische Gemeinschaftsordnung heranführen wollten. Zugleich verhinderten die Führungszirkel der Taliban, dass sich die Haqqani-Elite ganz des Talibansystems bemächtigte und dass sich über Mollā Ya'qub eine dynastische Sukzessionsordnung etablieren könnte. Immerhin wurden beide zu den neuen stellvertretenden Leitern der Taliban ernannt. Zakir wurde Geheimdienstchef, starb aber schon 2019 bei einem Angriff der Regierungstruppen.

Damit hat sich ein Kompromiss durchgesetzt: das Ja zu möglichen Friedensgesprächen

wurde mit einer stärkeren Betonung der religiösen Identität als puritanische Gemeinschaft der Afghanen begleitet. Dies erlaubte aber darüber hinaus auch eine gewisse Neuausrichtung der normativen Ordnung innerhalb der Gemeinschaft. Dass der ältere Akhundzāda, den noch Mollā 'Umar als seinen «Vater» bezeichnet hatte, hierbei die Zügel in der Hand halten wird, ist bislang unbestritten. So haben sich Ende März erstmals Vertreter der Taliban und der Regierung in Kabul zu direkten Gesprächen getroffen, auch wenn gleichzeitig die Kriegshandlungen auf beiden Seiten fortgesetzt wurden. Krieg und Friedensgespräche liegen so in Afghanistan weiterhin nahe zusammen. «Unser dreiköpfiges technisches Team wird den Prozess der Freilassung der Gefangenen durch die Identifizierung der Gefangenen (und) ihren Transport unterstützen», sagte der Taliban-Sprecher Zabihullāh Mujāhid am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, die die BBC zitierte. Möglich wurden die Gespräche, nachdem Abdullah Abdullah dem Verhandlungsteam zugestimmt hatte, das von dem amtierenden Präsidenten Ashraf Ghani bestimmt worden war. Sollte es tatsächlich zur Freilassung von Taliban-Gefangenen kommen, dann wären Teile der Vorbedingungen für direkte Friedensgespräche erfüllt. Es sieht so aus, als ob die Taliban es diesmal ernst meinen.

¹ Der Ausdruck Afghane war zunächst eine persische Fremdbezeichnung der Paschtunen, die von diesen schon früh aufgegriffen wurde. Afghanen waren daher zunächst nur die Angehörigen der vier grossen paschtunischen Föderationen.

² Ahmed Rashid, *Taliban: Militant Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia*. London: I.B.Tauris, 2000, S. 112.

³ So der Vertreter der Taliban in Qatar, 'Abbās Stānekzay, laut BBC 10.11.2018.

⁴ So der Sprecher der Taliban in Qatar, Suhayl Shāhīn, auf <https://larawbar.net> (8.7.2019).

⁵ So der stellvertretende Taliban-Führer in Qatar, Sirajuddin Haqqani, <https://www.naray.news/?p=31286>, 21.2.2020.

⁶ So am Beispiel einer Rechtsauskunft zum Umgang mit dem Coronavirus Covid-19 im März 2020.

⁷ Ein erster Code war 2006 publiziert worden; dieser wurde 2009 durch eine neue Version ersetzt Das Islamische Emirat Afghanistan / Bildungskommission. Code des Islamischen Emirats Afghanistan. Erste Ausgabe: 1430 [2009], Zweite Ausgabe 1431 [2010].

⁸ Tolū'-ye Afghan, 14. Dezember 1997.

⁹ Es gibt im Internet zurzeit nur wenige funktionierende Links zum Herunterladen des Texts, einer ist https://b.top4top.io/f_5380ialn1.pdf?key=52dd29c0dc97d1044d5fccacb5357464fd101976 (22.3.2020).

¹⁰ Der koranische Begriff *fasād* bezeichnet den Zustand auf Erden, der dem erlösenden Heil entgegensteht. Heute wird er oft in säkularer Bedeutung benutzt, zum Beispiel im Sinne von «Korruption».

¹¹ Alex Strick Van Linschoten, Felix Kuehn (eds.): *The Taliban Reader*. War, Islam and Politics. Oxford: Oxford Univ. Pr., 2018, Nr. 123.

¹² So Bin Lādin in einem Interview mit dem Journalisten ‘Abdalbārī ‘Aṭwān 1996, in: Usāma Bin Lādin: *rasā’il wa-tawǧīhāt* (...). o.O.: al-i’lām al-ǧihādī, 1436/2015, S. 217.

¹³ Zitiert nach Muṣṭafā al-Ḥasnāwī, «ṭālibān tawaqqa’a šahādat wafāt al-Qā’ida», 2.3.2020, <https://blogs.aljazeera.net/blogs/2020/3/2> (4.4.2020)

¹⁴ Der Tadschike Burhān ad-Dīn Rabbānī (1940–2011), war als islamischer Jurist an der Universtät Kabul ausgebildet worden und wurde in Kairo mit einer Arbeit zum Werk des persischen Mystikers Nūr ad-Dīn ‘Abd ar-Raḥmān-i Ġāmī (1414–1492) zum Dr. phil. promoviert. Aber war stark von Sayyid Quṭbs Schriften beeinflusst, die er ins Persische übersetzte. 1972 gründete er mit tadschikischen Studenten, die sich in Muslimbrüder-Zirkeln organisiert hatten, die «Islamische Gemeinschaft von Afghanistan» (*ǧam’iyat-e eslāmī-ye Afǧānistān*), die zunächst unter der Patronage der pakistanischen «Islamischen Gemeinschaft» (*ǧamā’at-i islāmī*) von Abū A’lā Mawdūdī stand. Später sollte die Unterstützung auf Ḥekmatyārs ḥizb-i islāmī und die paschtunischen «Muslimbrüder» übergehen.

¹⁵ Eigentlich ‘Abdarrasūl Sayyāf (geb. 1946). Er änderte seinen Namen, wörtlich übersetzt «Diener des Gesandten» zu ‘Abdarrabb, wörtlich «Diener des Herrn», da sein ursprünglicher Name in den Ohren der Ultraislamisten einen unislamischen Klang hat.

¹⁶ Das schloss aber einen propagandistischen Schulterschluss nicht aus. So bekundeten die Taliban im Mai 2010 ihre Trauer über den Tod des al-Qā’ida-Kommandanten in Afghanistan, Muṣṭafā Abū l-Yazīd (Ägypten, 1955–2010). In einer Erklärung hiess es: «Mit Herzen voller Geduld, Hoffnung und dem Glauben an Gottes Gericht und Taten empfangen wir die Nachricht vom Märtyrertod des heldenhaften Kämpfers und altgedienten Führers Scheich Abu-Yazid al-Mustafa zusammen mit einer Gruppe der Ritter des Dschihad und des Glaubens.»

<https://www.dni.gov/files/documents/ubl/english2/Letter%20to%20Islamic%20Emirate%20of%20Afghanistan.pdf> /17.3.2020)

¹⁷ Bislang gibt es noch keine überzeugende terminologische Bezeichnung dieser Bünde. Das Attribut «ultraislamisch» gibt Auskunft über die Radikalität und Transformation, durch die diese Bünde den Islam gestalten. Das Nomen «Kampfbund» spiegelt ähnlich wie bei den deutschen Bünden der 1920er Jahre in erster Linie die Selbstsicht: die Ultraislamisten deuten ja ihre Gemeinschaft als Dschihadgemeinschaft (*ǧamā’at al-ǧihād*). Die Führung von al-Qā’ida versteht den Namen ihres Netzwerks («Basis» im militärischen Sinn) heute meist als «Basis des Dschihad» (*qā’idat al-ǧihād*). Er sei erst über den Sprachgebrauch der westlichen Berichterstattung entstanden. Zunächst habe al-qā’ida einfach nur das konkrete Ausbildungslager bezeichnet, das Bin Lādin mit anderen 1988 im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet eingerichtet hatte. Der Ausdruck ist sehr viel älter, meinte aber nicht eine Militärbasis, sondern allgemein das Fundament oder im übertragenen Sinne das Prinzip einer Sache. In moderneren historischen Texten islamistischer Autoren wurde mit diesem Ausdruck oft der «Ausgangsort» eines Dschihad (etwa gegen die Kreuzfahrer) bezeichnet. Insofern übersetzt «Kampfbund» diese Selbstbezeichnung. Doch die Konnotation mit der deutschen Geschichte lässt sich kaum vermeiden. Zudem ist der Begriff nur schwer zu übersetzen. Die englische Bezeichnung *battle league* wird kaum der Vorstellung der Dschihads gerecht.

¹⁸ Die englische Bezeichnung *ISIS fanatics* wurde erstmals im Juni 2014 gebraucht.

¹⁹ Die Tatsache, dass Mollā ‘Umar und Ibrāhīm Abū Bakr al-Baǧhdādī beide den Titel «Fürst der Gläubigen» reklamierten, spielte in der gegenseitigen Propaganda kaum eine Rolle.

²⁰ Zitiert nach Najib Sharfi, «ISIS Makes Inroads in Afghanistan, Pakistan», in: *Foreign Policy* 1. Oktober 2014.